

Promotionen

Promotion B

Nikotin-Biowissenschaften
Dr. Petra Bornefeld, am 8. Dezember, 13.30 Uhr, 7010, Brüderstraße 34, Hörsaal 1: Molekulare Grundlagen der Permeabilitätseigenschaften der äußeren Membran von *Acinetobacter calcoaceticus*.

Promotion A

Sektion Marxismus-Leninismus
Ralf-Peter Dorow, am 24. November, 15 Uhr, 7010, Universitätsstraße. Neues Seminargebäude, Raum 00-90: Die Gestaltung effektiver Kooperationsbeziehungen zwischen den Wirtschaftseinheiten unter besonderer Berücksichtigung einer noch wirksameren Verbindung der Interessen von Finalproduzenten und Zulieferindustrie.

Sektion Kultur- und Kunstwissenschaften

Hans-Jürgen Leonhardt, am 28. November, 14 Uhr, 7010, Karl-Marx-Platz, Universitätshochhaus 10, Etage, Raum 13: Bibliothek als psychotherapeutisches Instrument und Erscheinungsform des geistig-kulturellen Lebens bestimmter Gruppen der Gesellschaft.
Andrea Nabert, am 30. November, 14 Uhr, 7010, Taubchenweg 2/d/2. e. 1. Etage, Hörsaal des Musikinstrumentenmuseums der KMU: Bild-Kunst im Zeitalter der Medien. Die durch elektronische Medien geprägte visuelle Kommunikationskultur als Herausforderung an bildende Kunst (Malerei).

Sektion Afrika- und Nahostwissenschaften

Thomas Stürzel, am 27. November, 10.30 Uhr, 7010, Universitätshochhaus, 1. Etage, Raum 13: Gesellschaftliche Entwicklung und Unterentwicklung im „modernen Weltsystem“. Eine kritische Analyse der entwicklungs- und sozialtheoretischen Auffassungen des von Immanuel Wallerstein begründeten „World-System-Approach“.

Sektion Biowissenschaften

Hassan Saliman, am 1. Dezember, 13 Uhr, 7010, Brüderstraße 34, Hörsaal der Sektion: Die Wechselwirkung zwischen Wirt und Parasit, untersucht am Beispiel der Infektion von Mäusen mit *Schistosoma mansoni*.

Sektion Chemie

Annelie Meinecke, am 28. November, 14 Uhr, 7010, Linnestraße 1, Hörsaal 4: Trennung von Krypton/Xenon-Gasgemischen durch Einkapselung.

Bereich Medizin

Catherine Gölsch, am 5. Dezember, 13.30 Uhr, 7010, Liebigstraße 27, Konferenzzimmer des Instituts für Sozialhygiene: Ausgewählte Beobachtungen und Befunde bei Frauen an Sitzarbeitsplätzen in Abhängigkeit von der arbeitsbedingten Überkühlung und des Vorhandenseins von Arntauflagen.

Simone Baumann, gleiche Zeit und gleicher Ort: Die Entwicklung der Dermato-Venerologie an der Fakultät/Bereich Medizin der Karl-Marx-Universität Leipzig von 1945 bis 1975.

Dyck Zedlick, gleiche Zeit und gleicher Ort: Die dementielle Erkrankung - Untersuchung zur Betreuungssituation in einem Stadtbezirk und Erprobung spezieller Erhebungsmethoden.

Renate Koch, gleiche Zeit und gleicher Ort: Die Behandlung psychischer Kranker in der Landes-Hell- und Pflegeanstalt Leipzig-Došen in der Zeit der faschistischen Diktatur, unter besonderer Berücksichtigung der Patienten mit Schizophrenie, manisch-depressivem Irresein und psychischen Wesensveränderungen nach Epilepsie.



Redaktionskollegium: Gudrun Schaaf (verantw. Redakteur), Jürgen Stewart (Stellv. verantw. Redakteur), Susanna Morgner, Oliver Schirg (Redakteur); Dr. Bernd Aris, Martin Dickhoff, Dr. Brigitte Dösterwald, Wolfgang Öhne, Dr. Dr. sc. Karl-Wilhelm Hoaks, Prof. Dr. sc. Günter Katsch, Heike Lehmann, Dr. Wolfgang Lenhart, Dr. Roland Mildner, Prof. Dr. sc. Klaus Schippel, Dr. Jochen Schreyvogel, Dr. Bernhard Scheffler, Dr. Annemarie Träger.

Anschrift der Redaktion: Rinerstraße 8/10, Postfach 920, Leipzig 7010, Ruf Nr. 7 19 74 59/4 60.

Satz und Druck: LVZ-Druckerei „Hermann Güncker“ III 16 138 Leipzig. Veröffentlicht unter Lizenz-Nr. 65 des Rates der Bezirke Leipzig. Bankkonto: 5622 32-550 070. Einzelpreis: 15 Pfennig. 33. Jahrgang erscheint wöchentlich. Die Redaktion ist Träger der Ehrennadel der KMU und der DSF Ehrennadel in Gold.

Auszeichnung für langjährige aktive Neuererarbeit an KMU

Einer Tradition folgend, wurden auch in diesem Jahr langjährig aktive Neuerer mit dem vom Präsidium des Amtes für Erfindungen und Patentwesen und vom Bundesvorstand des FDGB gestifteten Neuererpaß ausgezeichnet. Mit über 150 Neuererleistungen haben die 19 Mitarbeiter der Universität, die teilweise über 15 Jahre in der Neuererbewegung aktiv sind, einen wesentlichen Beitrag zur Rationalisierung der Hauptprozesse in ihren Einrichtungen erbracht.

Zu den Geehrten gehört Kollege Rolf Jüngel von der Universitätsbibliothek, der seit über 15 Jahren mit hohem Einsatz an der Umsetzung von guten Ideen arbeitet. Die Medienversorgung der Moritzbastei und die Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten in der Universitäts-

bücherei sind eng mit seinem Namen verbunden. Aus dem Bereich der zentralen Dienste des Bettenhauses im Bereich Medizin wurde Kollege Werner Werge für seine erfolgreiche Arbeit geehrt. Als ständlicher Leiter unterstützt und fördert er in seinem Kollektiv die Neuererarbeit. Erst vor wenigen Wochen konnte eine Neuerleistung abgerechnet werden, die die Notversorgung des Bettenhauses mit Wärmeenergie zum Inhalt hat. Kollegen Helmut Ehrhardt und Wolfgang Müller von der Sektion Chemie wurde zum zweiten Mal der Neuererpaß verliehen. Sie sind in ihrer über 20 Jahre erfolgreichen Neuerertätigkeit an mehr als 70 Neuerleistungen beteiligt. Dipl.-Phys. R. KRAUSE, Abteilungsleiter

ISK-Sekretariat gewählt

Vertreter der Nationalhochschulgruppen unserer Universität (etwa 80 Prozent aller ausländischen Studierenden) hatten sich am 7. November zur ISK-Vollversammlung getroffen, um über die neuen Entwicklungen in der DDR und insbesondere in Leipzig sowie über die nächsten Aufgaben des ISK-Sekretariats zu beraten. Sie erklärten ihre Anteilnahme und Hoffnung angesichts der politischen Lage in ihrem Gastland. Nach heftigen Diskussionen über ihre Studien- und Lebensbedingungen, Stipendium, Internate, Messen, Möglichkeiten für kulturelle Veranstaltungen sowie Reisekosten, wählten sie ein neues ISK-Sekretariat aus 19 Mitgliedern und zwei Nachfolgekandidaten. Neuer ISK-Vorsitzender ist der kolumbianische Aspirant am Institut für Internationale Studien Eduardo Patrana.

Zur Frage der Gründung eines Studentenrates an der KMU beschlossen die ausländischen Studenten und Aspiranten folgende Positionen:

1. Die ausländischen Studierenden der KMU begrüßen die Gründung

- eines Studentenrates an unserer Universität.
- Als ausländische Bürger in Leipzig sind sie mit spezifischen Problemen konfrontiert, die sie nur mit dem und durch das ISK lösen können.
- Sie erklären ihre Bereitschaft und ihr Interesse an einer Zusammenarbeit mit dem Studenterrat sowie mit allen Organisationen und Institutionen der Universität, solange es um die Verbesserung der Studien- und Lebensbedingungen der Studierenden geht.
- Die traditionell gute Zusammenarbeit zwischen dem ISK und der FDJ-Kreisleitung und insbesondere mit der Kommission Internationale Arbeit der KL wird weitergeführt.
- Gemeinsam mit seinen Partnern wird das ISK entschieden dafür einsteigen, alle Erscheinungsformen von Ausländerfeindlichkeit öffentlich als ernstzunehmendes Problem zu behandeln.

Über die Tätigkeit des ISK und die Probleme der Ausländer wird die UZ berichten.

MAMADOU KHOULE

Vorschläge für Wahlordnung des FDGB aus Carl-Ludwig-Institut

Die Gewerkschaftsgruppen des Carl-Ludwig-Instituts für Physiologie der Karl-Marx-Universität unterbreiten folgende Vorschläge zur Wahlordnung des FDGB zur Diskussion:

Um eingeleitete und angestrebte Reformen des FDGB unumkehrbar zu machen, halten wir strukturelle und personelle Veränderungen zum frühestmöglichen Zeitpunkt für notwendig. Bis dahin betrachten wir die jetzige Leitung des FDGB auf allen Ebenen als provisorisch.

Der folgende Vorschlag bezieht sich auf die Anklündigung der neuen Vorsitzenden, Annelis Kimmel, vom

- 2. 11. 1989, u. a. eine Wahlordnung als Voraussetzung für die weiteren Veränderungen im FDGB auszuarbeiten. Wir sind der Meinung, daß diese folgende Grundprinzipien enthalten muß:
- 1. Alle Leitungsfunktionen sind Wahlfunktionen. Alle hauptamtliche Mitarbeiter der Gewerkschaften sind den gewählten Vertretern untergeordnet und rechenschaftspflichtig. Ihre Anzahl ist auf ein unbedingt notwendiges Maß zu beschränken.
- 2. Die Wahl aller Leitungsfunktionen erfolgt direkt und geheim.
- 3. Die Zusammensetzung der Kandidatenliste muß bezüglich der Zugehörigkeit zu Parteien etwa der Zusammensetzung der Basis entsprechen. Auf Kandidatenlisten muß die Parteizugehörigkeit kenntlich gemacht werden. Die staatliche Leitung hat kein Vorschlagsrecht.
- 4. Die Übernahme von Leitungsfunktionen in der Gewerkschaft setzt den Rücktritt von allen Parteifunktionen voraus.
- 5. Die Übernahme einer Wahlfunktion bedeutet die gleichzeitige Verpflichtung, Gewerkschaftsinteressen unabhängig von Parteiinteressen zu vertreten.
- 6. Außer auf Gruppenebene müssen mindestens zwei Kandidaten zur Auswahl stehen.

Wir fordern den Bundesvorstand auf, den Entwurf der neuen Wahlordnung bis spätestens 15. 1. 1990 vorzulegen. Die endgültige Fassung ist nicht auf einem FDGB-Kongress, sondern durch Mehrheitsentscheidung in den Gewerkschaftsgruppen zu bestätigen. Dr. sc. P. LÄSSIG



In eigener Sache · In eigener Sache

Die letzte Ausgabe der Universitätszeitung ließ leider viel zu wünschen übrig. Der Druckfehlerhaufen ließ auf Grund hektischer Atmosphäre in der Druckerei von unseren Redakteuren unentdeckt und konnte sich so in mehreren Beiträgen der Ausgabe ungehindert ausbreiten. Wir bedauern das außerordentlich und werden für diese Nummer besonders aufmerksam unsere Arbeit beim Korrekturlesen in der Druckerei erledigen.

Wir möchten an dieser Stelle noch einmal darauf hinweisen, daß wir alle Brief- und Beitragsschreiber darum bitten, sich kurz zu fassen. Ideallänge und damit hohe Wahrscheinlichkeit der Veröffentlichung haben Beiträge von etwa 20 bis 25 Schreibmaschinenzellen zu 65 Anschlägen.

Auch der Redakteur Oliver Schirg schien beim Auszeichnen der Manuskripte in der vergangenen Wo-

che von allen guten Geistern verlassen. Er gab bei mehreren Beiträgen die falsche Satzbreite an, so daß mehrere Beiträge in der Druckerei in größerem Umfang gekürzt werden mußten. Diese Fehler wurden in der Redaktion kritisch ausgewertet.

Was wird mit dem Soligeld?

Ein Blick auf die Entwicklung verdeutlicht eine sinkende Tendenz. Waren es 1985 noch 639 765,50 M, die unsere Mitglieder für die Solidarität spendeten, förderte sich das Bild wie folgt: 1986: 556 390,50 M / 1987: 552 456,10 M / 1988: 596 194,65 M. Dabei muß angemerkt werden, daß die Summe 1988 fast 40 000 M – soweit uns bekannt geworden – beinhaltet, die direkt für die Opfer des Erdbebens in Armenien und des Wirbelsturmes in Nicaragua gesammelt und dem zentralen Solidaritätsfonds des FDGB 100prozentig zur Verfügung gestellt wurden.

Zentral ist festgelegt, daß 25 Prozent der monatlich regelmäßig gezahlten Mittel an der Kreisorganisation verbleiben, d. h. es standen folgende Mittel dem Kreisvorstand zur Verfügung: 1986: 149 407,80 M / 1987: 178 539,96 M / 1988: 174 736,43 M. Hier ist anzumerken, daß diese Summen den Übertrag nicht verbrauchter Mittel des jeweiligen Vorjahres beinhaltet. Diese betragen 1986 40 301,90 M, 1987 35 176,43 M und 1988 34 078,76 M.

Wofür wurden diese Mittel ausgegeben? Im wesentlichen handelt es sich um vier Positionen:

1. Ausgaben für die Betreuung internationaler Gewerkschaftsdelegationen. 1987 waren es 7522,00 M, 1988 beliefen sich die Ausgaben auf 5908,18 M. Konkret wurden diese Mittel ausgegeben für die Absicherung von Vertragsverhandlungen, den Delegationsaustausch mit Gewerkschaftsorganisationen von KMU-Partnereinrichtungen.

2. Ausgaben für die Betreuung ausländischer Gewerkschaften im eigenen Betrieb. Vereinbarungsgemäß „Gossen“ jeweils 15 000 M in den vergangenen beiden Jahren für die Betreuung ausländischer Studenten ans Ruder-Institut. Mit 3345,- M (1987) bzw. 3465,- M (1988) wurde die Ausländerbetreuung des Franz-Mehring-Instituts unterstützt. Sonstigen Bereichen wurden 1596,- M bzw. 1805,- M zur Verfügung gestellt. Für vier Einzelunterstützungen wurden 1987 insgesamt 1650,- M und für zwei Einzelunterstützungen 1988 700,- M bereitgestellt. Auf der Grundlage einer langjährigen Vereinbarung mit dem Ensemble „Solidarität“ stellte der Kreisvorstand den etwa 200 Mitgliedern dieses einzigartigen künstlerischen und internationalistischen Kollektivs 1987 12 716,- M und im Jahr der 23. Arbeiterfestspiele 1988 17 849,- M zur Verfügung. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß – von Kostümen und anderen schnell veränderlichen Materialien abgesehen – notwendige technische Anschaffungen sorgfältig inventarisiert werden und im Besitz des Kreisvorstandes der Gewerkschaft Wissenschaft bleiben. Für diese 2. Position wurden insgesamt 1987 35 107,12 M und für das vergangene Jahr 38 019,25 M ausbezahlt.

3. Ausgaben für die kulturelle und soziale Betreuung unserer Veteranen. Für unsere mehr als 2300 Veteranen wurden finanzielle Mittel in Höhe von 55 733,55 M (1987) und 71 350,35 M (1988) bereitgestellt. Hierbei handelt es sich um eine gute gewerkschaftliche Tradition, eine zum Teil wenig bekannte Form solidarischen Wirkens und moralischer Verpflichtung.

4. Schließlich erfolgten 1987 und 1988 Abführungen nicht verbrauchter Mittel an den zentralen Solidaritätsfonds von jeweils 25 000,- M pro Jahr entsprechend zentraler Festlegungen.

Wie die abgeführten 75 Prozent und die Sonder Spenden verwendet wurden, war bisher nachzulesen in einer ganzseitigen Übersicht, die in der „Tribüne“ vom 13. 4. 1988 und 23. 4. 1989 erschien. Der Bundesvorstand hat diesbezüglich halbjährliche und umfangreichere Offenlegungen für die Zukunft angekündigt. Auch wir als Kreisvorstand werden dies künftig so handhaben.

Neues Heft der WZ erschienen

„Strahlenreaktionen bei landwirtschaftlichen Nutztieren“ ist der Titel des Heftes 5/1989 der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Reihe der Wissenschaftlichen Zeitschrift der KMU.

Das Heft behandelt im 1. Teil pathophysiologische Aspekte der akuten Strahlenschädigung beim Großtier unter Nutzung der Ergebnisse an Milchkühen.

Im 2. Teil wird am Beispiel des Versuchstieres Schwein einer aktuellen Problematik der Strahlenbiologie, den Reaktionsveränderungen des Organismus nach subletalen Strahlendosen, nachgegangen.

Die Zeiten beginnen sich zu ändern. Eine Plut „ochter“ Leserschriften überschwemmt die Redaktion. Deshalb werden unsere Forum-Hefen, um hier die Möglichkeit geben zu können, sich öffentlich zu äußern, müssen wir um knappe Zeilen bitten (etwa 20 Schreibmaschinenzellen). Sollten wir einzelne Beiträge trotzdem redaktionell bearbeiten, geschieht das mit außerordentlicher Sorgfalt. Also, nutzen wir es.

DAS FORUM

Gehören nicht in einen Topf

Die Genossen unserer APO beschlossen in ihrer Mitgliederversammlung am 15. 11. 1989, folgende Erklärung der „Universitätszeitung“ zur Veröffentlichung zu übergeben:

„Wir Genossen sind nicht willens, mit jenen Parteiangehörigen in einen Topf geworfen zu werden, die unsere Parteiverbundenheit und unsere Ideale über Jahre hinweg mißbraucht und letztendlich das Ansehen jedes einzelnen ehrlichen Genossen, das Ansehen unserer gesamten Partei schwersten schädigten.“

Deshalb fordern wir, einen Beitrag zur Einheit der Partei zu leisten, indem wir die Reinheit der Partei wiederherstellen. Wir fordern den Ausschluß jener Mitglieder, die sich berechneten, sich ungeschickterweise und das Ansehen der Partei schädigende Privilegien verschaffen und der Korruption Vorschub leisteten. Dem richterlichen Urteil obliegt nicht die falsche politische Entscheidung, mit aller Konsequenz jedoch jene Befugnisüberschreitung, die eine Gesetzesverletzung darstellt.“

Die Genossen der APO II der GO ZLO

Beitrag, der nur Eindruck vermittelt

Der Artikel „Zeit für Sinnlichkeit“ in UZ/41, Seite 6, ist schlampig gearbeitet, denn er vermittelt nur einen Eindruck, die konkreten Fakten sind aber falsch und können so nicht von Frau Dr. Mayer stammen.

Was heißt Sinnlichkeit? Mindestens die Überschrift hätte die Redaktion doch lesen müssen.

Dr. KARL-DETLEF BRZOSKE, staatlicher Beauftragter für Kultur der Sektion Physik

Mehrheit ist für flexibleren Sport

Auf der Suche nach Lösungen für den künftigen Studentensport besonders an der KMU Leipzig zeigte sich Prof. Dr. sc. H. Hennig interessiert an Vorstellungen und Interessen seiner Studenten. Aufschluß dazu soll eine Befragung erbringen, die vom Institut für Körpererziehung in den Lehrveranstaltungen Sport vom 14. 11. 1989 bis 20. 11. 1989 organisiert worden ist.

Drei mögliche Grundvarianten der Sportgestaltung an unserer Universität wurden zum Entschluß angeboten:

- 1. Obligatorische Ausbildung mit festen Blockzeiten im I. bis 4. Studienjahr ohne Benotung, Sportabzeichen und Wehrsport.
- 2. Einheit von obligatorischer Ausbildung (1. und 2. Std.) und wahlweise obligatorischer Ausbildung (3. und 4. Std.)
- 3. Freiwilliges Sporttreiben nach eigenem Ermessen

Das jeweilige Abstimmungsergebnis in den Sportgruppen wurde durch einen Vertreter per Unterschrift bestätigt. Alle Ergebnisse liegen zur Einsichtnahme im IKK vor. Wie haben sich die Studenten entschieden?

Nachdem über 80 Prozent der Sportgruppen befragt worden sind, kann festgestellt werden, daß mit 67,7 Prozent die Mehrheit zu einem flexibleren Studentensport mit einer angemessenen Regulierung tendiert (Variante zwei). Für eine fakultative Gestaltung des Sports entscheiden sich 25,3 Prozent, für die obligatorische Ausbildung nur 6,7 Prozent. Hinter dem Anteil von 25,3 Prozent verbirgt sich nicht nur Studenten mit abneigender Haltung zum Sport, sondern auch sportlich sehr aktive.

Zwischen den Studienjahren existieren keine wesentlichen Trendsunterschiede. In den meisten Gruppen wurde sehr ernsthaft pro und kontra diskutiert. Bereits an dieser Stelle möchten wir zum Ausdruck bringen, daß für die Grundvarianten zwei weitere flexible Varianten bedacht werden, für die die IKK die-ma-

teriellen und personellen Voraussetzungen besitzt. Dabei denken wir vor allem an die Erweiterung des Grundkonzeptes entsprechend folgender Vorschläge der Studenten:

Vorschlag 1: „Wir sehen in der woA eine geeignete Alternative. Könnte damit nicht bereits im 1. Studienjahr begonnen werden? Die variable Nutzung von Sportarten erfordert Mindestvoraussetzungen an Fähigkeiten, Fertigkeiten und Regelkenntnissen. Da viele für den Studentensport typische Sportarten im Lehrplan der Schule nicht oder nur vereinzelt enthalten sind (z. B. Basketball, Judo, Rudern, Volleyball u. a.), ist eine Grundausbildung notwendig. Diskutiert werden könnte jedoch, ob auch ein Jahr Grundausbildung in einer gewünschten Sportart die notwendigen Voraussetzungen schaffen kann, womit sich zum Beispiel die Grundvariante zwei in obligatorische Ausbildung (1. Std.), wahlweise-obligatorische Ausbildung (2. und 3. Std.) und fakultative Gestaltung (4. Std.) variieren ließe.“

Vorschlag 2: „Unsere Fußball- bzw. Handballgruppe finden wir so gut, daß wir eigentlich die vier Jahre zusammenbleiben möchten.“ Ein tragfähiges Konzept muß auch diesen verlässlichen Wünschen Rechnung tragen. Das Problem besteht darin, daß mit einer Abschaffung der Blockzeiten es sehr schwer wird, für Studenten verschiedener Seminargruppen oder gar Sektionen einen einheitlichen Termin zu finden.

Vorschlag 3: „Ich bin in meiner BSG im Trainings- und Wettspielbetrieb sportlich aktiv. Gibt es dafür eine Regelung? Ja, auch daran denken wir nicht auf der Suche nach einer möglichen Form der Gewährung von Freistellung.“

Unsere Bemühungen gehen dahin, für unsere Uni ein „Leipziger Modell“ zu erarbeiten, das möglichst vielen Vorstellungen, Interessen und Wünschen gerecht wird und das Sporttreiben in dem werden läßt, was es eigentlich darstellt – ein Mittel zum Erhalt der Leistungsfähigkeit, Gesundheit und sinnvollen Freizeitgestaltung.

Pfeifkonzerte und „Buh“-Rufe bringen uns nicht voran

Wir sind der Meinung, daß die Partei sich in den letzten Jahren auf dem verfassungsmäßigen Wege geeigneten Führungsanspruch ausgesprochen hat, ohne Konsequenzen daraus zu kämpfen. Jetzt kommt es darauf an, diesen Anspruch auch ohne Gesetzesgrundlagen wiederzuerlangen.

Wir geben zu, daß wir nicht immer konsequent genug auf die Verantwortung unserer Funktion und die Beachtung unserer Veränderungsvorschläge geachtet haben.

ABER WIR fragen auch: Wartet IHR anderen mit eurem offenen Meinung bis zum Oktober '89? Wart ihr nicht ebenfalls konsequent?

Wir fragen uns auch, best die Schuld wirklich nur bei der SED? Oder haben auch die Erbparteien und andere Massenorganisationen in den Volkswahlen taten versagt?

Wir sind der Meinung, daß Veränderungen in der DDR um angehen und auch wir als Genossen das RECHT und die PFLICHT haben, dabei mitzuwirken. Deshalb sollte auch die Meinung von Genossen angedacht werden.

Wir fordern auch von anderen Gruppen Toleranz gegenüber Vertretern der SED.

Wir glauben nicht, daß „Buh“-Rufe und ein Pfeifkonzert die Umgestaltung in unserem Land vorantreiben. Auch wir geben zum Volk und wir verfahren um gegen die allgemeinen Meinungen! Nicht alle Genossen unserer Partei sind Weisheitskinder!

Parteigruppe I des V. Studienjahres der Sektion IV